



Sessionsbericht – Sommersession

Rapport de session – Session d'été

28. Mai bis 15. Juni 2018

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Politische Leckerbissen an der Weltmeisterschaft (im Bundeshaus)

Ganz im Zeichen des Auftaktes zur Fussball-Weltmeisterschaft in Russland hat das Schweizer Parlament eine voll bepackte Session hinter sich gebracht, die für die Involvierten wie auch für die Zuschauer einiges an Spektakel zu bieten hatte. Im Unterschied zur vorangegangenen Frühlingssession kamen die Spieler der FDP-Liberale Fraktion aufgrund des dichten Programms kaum dazu, Luft zu holen. Ein Highlight jagte das andere, und so fällt es mir leicht, Ihnen eine spannende Spielzusammenfassung der wichtigsten Ereignisse aus der Sommersession zu präsentieren:

Der Anstoss für diese mitreissende Session fand im Ständerat statt. Leider stellte sich dieser mit der Beratung des Gleichstellungsgesetzes bereits ein erstes Mal ins Abseits. Anstatt sich für eine vernünftige Lösung der FDP auszusprechen, hat der Ständerat ein unwirksames Gesetz mit verpflichtenden Lohnanalysen verabschiedet. Es ist nun am Nationalrat, einen zielführenden Gegenstoss zu lancieren. Ebenfalls unschön war die Aktion der SVP im Nationalrat im Rahmen der Beratung der Selbstbestimmungsinitiative. Wie so oft in letzter Zeit ignorierte sie jegliche parlamentarische Sitten und veranstaltete ein Kasperltheater - sei dies im wörtlichen Sinne oder durch die Verschleppung der Debatte mit Fragen an die eigenen Ratsmitglieder. Alles nur, um die Verzögerung der Schlussabstimmung auf die Herbstsession zu provozieren. Für dieses Verhalten hat sich die Mannschaft des Trainers Thomas Aeschi eine dunkelrote Karte verdient. Zum guten Glück blieb diese Aktion aber erfolglos, und die Volksinitiative konnte in beiden Räten deutlich abgelehnt werden.

Es gab aber auch durchaus schöne Treffer zu verzeichnen. Einen ersten vielversprechenden Pass in die Tiefe für einen Torerfolg spielte der Ständerat mit der erfolgreichen Beratung der Steuervorlage 17. Diese Kompromissvorlage inklusive der sozialen Kompensation in der AHV ist ein dringlicher Schritt hin zu einer erfolgreichen Reform der Unternehmensbesteuerung. Auch wenn die Verknüpfung von zwei artfremden Geschäften aus liberaler und ordnungspolitischer Sicht etwas fraglich ist, stellt der fast einstimmige Beschluss im Ständerat einen gutschweizerischen Kompromiss dar. Ein wahrhafter Torerfolg konnte die FDP mit der Beratung des Waffenrechtes feiern. Dank der intensiven Vorarbeit in der zuständigen sicherheitspolitischen Kommission konnte die Vorlage zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie so ausgestaltet werden, dass die Weiterführung der Schweizer Traditionen wie auch die Schengen/Dublin-Konformität gewährleistet ist. Kurz vor Abpiff der Session hat sich dann der Nationalrat noch intensiv mit der Reform des Aktienrechtes auseinandergesetzt. Diese Beratung könnte man am besten mit einem 0:0 nach Verlängerung und Penaltyschiessen vergleichen. Leider konnte die FDP nach diesem Nervenkitzel nicht als Sieger vom Platz gehen. Trotz einigen guten Chancen erreichte die Fraktion am Schluss kein zufriedenstellendes Ergebnis. Nun ist der Ständerat gefordert, um diese Monstervorlage zu entschlacken und im Interesse der Unternehmen zu verbessern. Es bleibt spannend im Bundeshaus!

1. **Steuervorlage 17: Der Ständerat segnet neues Konzept ab**

Der Ständerat möchte die Steuervorlage 17 mit der AHV-Sanierung verknüpfen. Dieses Vorgehen soll der Unternehmenssteuerreform zum Durchbruch verhelfen und die Altersvorsorge entlasten. Neu würde die Steuervorlage gemäss SR mit einer sozialen Kompensation in die AHV verbunden.

Steuerlich umfasst das Konzept ein wirksames Paket aus Abzug für Eigenfinanzierung für Hochsteuerkantone, Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 70% auf Ebene Bund und nur mindestens 50% auf Ebene der Kantone und eine Anpassung des Kapitaleinlageprinzips. Damit ergeben sich Investitionen in der Höhe von geschätzten 2 Mia. CHF. Gleichzeitig wird eine Zusatzfinanzierung für die AHV im gleichen Umfang vorgesehen (über 3 zusätzliche Lohnpromille, Zuweisung des ganzen Demografieprozents der MwSt. an den AHV-Ausgleichsfonds und Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV).

Den Deal hat die Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerats aufgegleist. Finanzminister Ueli Maurer sprach von einem "kleinen Kunstwerk des politischen Kompromisses". Tatsächlich zeigten sich Linke und die bürgerliche Mitte geeint, wenn auch ohne Enthusiasmus. Es sei keine gute Vorlage, sagte Martin Schmid (FDP/GR). Vor dem Hintergrund der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III sei es aber die beste Lösung. Der Ständerat stimmte dem von der WAK gezimmerten Kompromiss mit 35 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Sie soll in der Herbstsession bereinigt werden. Eine allfällige Referendumsabstimmung würde spätestens Mai 2019 stattfinden.

2. **Nationalrat weist Gesamtschau zur Agrarpolitik zurück**

Der Nationalrat wies die umstrittene Gesamtschau zur Agrarpolitik mit 108 zu 74 Stimmen bei 7 Enthaltungen zurück. Die FDP hatte sich mehrheitlich gegen die Rückweisung ausgesprochen und bedauert, dass eine offene Diskussion auf Grundlage der Gesamtschau verhindert wurde. Der Bericht ist eine nützliche Übersicht, welche die Perspektiven für die Schweizer Landwirtschaft aufzeigt. Das ist nicht möglich, ohne den Blick über die Grenze schweifen zu lassen.

Der Bericht "Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik" vom letzten November hat rechtlich keine bindende Wirkung. Er zeigte Perspektiven für die Landwirtschaft auf und sprach dabei auch den Freihandel an. Die Wirtschaftskommission verlangte die Rückweisung des Berichts. Sie verlangte insbesondere, dass die Themen Agrarpolitik und Freihandel separat behandelt werden. Weiter soll der Bundesrat zuerst die aktuelle Agrarpolitik untersuchen, bevor er die nächste Agrarreform aufgleist. Zudem muss er den neuen Artikel zur Ernährungssicherheit berücksichtigen und die Abstimmungen zu den noch hängigen Initiativen zur Landwirtschaft abwarten.

Die WAK-S hatte die Rückweisung des Berichts abgelehnt und diesen auch nicht im Rat traktandiert. Der Bundesrat hat nichtsdestotrotz die Aufträge des Nationalrates entgegen genommen und macht sich an die Arbeit, um einen Zusatzbericht zu erarbeiten.

Der Nationalrat nahm zusätzlich ein Postulat der Wirtschaftskommission an. Damit wird der Bundesrat beauftragt, den Einfluss des Grenzschutzes auf die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Branchen und Industrien zu untersuchen.

3. **Loi sur l'égalité**

Une minorité de droite, composée des sénateurs ayant refusé l'entrée en matière lors de la session de printemps, a tenté d'imposer un modèle de déclaration autonome. Celle-ci aurait figuré dans les rapports de gestion des entreprises privées comptant plus de 100 collaborateurs. Ladite déclaration attesterait du respect de l'égalité salariale. Cette solution permet aux employeurs d'utiliser l'instrument qu'ils veulent. Elle se base sur la responsabilité personnelle. Le procédé permet d'éliminer et d'éviter toute discrimination avec satisfaction. Le Conseil des Etats a suivi la ministre de la justice et rejeté le principe de l'auto-déclaration par 25 voix contre 17 et 3 abstentions.

Le Conseil des Etats a fait une fleur aux entreprises où l'égalité salariale a été démontrée. Elles n'auront pas l'obligation d'effectuer de nouvelles analyses. Il n'y a pas lieu d'imposer des contrôles inutiles dans des entreprises qui respectent la loi.

Le projet était contesté et a suscité un débat très émotionnel. Près de la moitié des membres du conseil se sont exprimés lors du débat d'entrée en matière qui a duré une nouvelle fois plusieurs heures. Les mesures volontaires suffisent même si elles mettent du temps à produire leurs effets. Le projet engendrera de la bureaucratie inutile. C'est dans l'air du temps d'imposer des contraintes aux entreprises et de ne pas leur faire confiance. Encourager les bons exemples vaut mieux qu'un "diktat" étatique. S'opposer à ce projet ne revient pas à contester l'importance de la suppression des inégalités salariales. Mais il faut un projet efficace, or il s'agit d'une "usine à gaz" qui prévoit une contrainte administrative. En outre, l'Etat ne montre pas l'exemple.

Le PLR est déçu quant à ces décisions. En effet, une très nette majorité des sénateurs s'était engagée contre une entrée en matière lors de la session de printemps en arguant que le projet proposé ne permettait pas de combattre les inégalités salariales. L'économie a un intérêt personnel à s'engager contre la discrimination, contre toute forme de discrimination. Néanmoins, nos Sénateurs se sont engagés en commission en faveur d'une simplification de la loi et une diminution des obligations pour les entreprises concernées.

4. Discussion intensive sur la révision du droit de la société anonyme

Suite à l'acceptation de l'initiative populaire sur les rémunérations abusive par le peuple en 2013, l'objectif de la révision semblait clair : il fallait transposer les dispositions de l'ordonnance dans la loi. Le Conseil fédéral a cependant décidé de moderniser et flexibiliser le droit de la société anonyme afin de le préparer aux défis du 21^{ème} siècle ainsi que d'y ajouter des seuils de représentations des sexes au sein des conseils d'administration et des directions des entreprises cotées en bourse.

Le PLR reconnaît la nécessité de transposer les dispositions de l'initiative populaire dans la loi ainsi que de flexibiliser le droit de la SA. Cependant, il est essentiel que ces changements renforcent la place économique suisse et permettent de résoudre les problèmes auxquels font face les entreprises suisses. Ainsi, des dispositions permettant de renforcer les droits des actionnaires et l'introduction de la marge de fluctuation du capital sont particulièrement saluées et ont été soutenues par le PLR. Néanmoins, le droit de la SA fonctionne aujourd'hui.

Les seuils de représentations des sexes au sein des conseils d'administration et des directions sont cependant inadéquats et ne permettent pas de garantir une amélioration de la place des femmes dans les entreprises. En effet, aucune femme ne désire porter l'étiquette de femme-quota. Des mesures d'accompagnement et d'informations des entreprises sont à privilégier. De plus, ces dernières ont un intérêt interne à employer les bonnes personnes aux bons postes. Pour finir, l'introduction de tels quotas est une grave immiscion dans la liberté contractuelle et la liberté économique.

La Commission des affaires juridiques du Conseil national avait été chargée par sa commission-sœur des états d'examiner une possible mise en œuvre de l'initiative populaire pour des multinationales responsables. La commission a fourni un gros travail afin de tenter de concilier les intérêts de l'initiative et ceux de l'économie. Afin de ne pas surcharger encore plus la révision du droit de la SA, le PLR a ainsi proposé au Conseil national de séparer l'objet et d'envoyer les dispositions concernant le contre-projet indirect au Conseil des Etats afin que celui-ci puisse continuer le travail entamé par la commission et réduire l'impact du contre-projet. Le contenu de celui-ci ne satisfait effectivement pas encore le PLR.

Une révision telle qu'elle a été proposée lors de cette session est à rejeter. En effet, la révision est trop vaste et va trop loin quant aux objectifs de base de la révision. Pour ces raisons, le groupe PLR a décidé à une forte majorité de rejeter la révision au vote sur l'ensemble. Le Conseil des Etats doit maintenant réduire l'impact de la révision pour les entreprises et en particulier pour les PME qui constituent le cœur di tissu entrepreneurial suisse.

5. Entschärfung der EU-Waffenrichtlinie

Nach den Terroranschlägen von 2015 in Paris wurde in der EU eine Verschärfung des Waffenrechts an die Hand genommen. Da es sich dabei um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes handelt, muss die Schweiz nachziehen, andernfalls wäre die Schengen/Dublin-Assoziierung der Schweiz gefährdet. Die neue EU-Waffenrichtlinie sorgt schon seit langem insbesondere in Schützenkreisen für grossen Unmut, weil damit gewisse Waffentypen (darunter das Sturmgewehr der Schweizer Armee) und grosse Magazine verboten werden, die bisher nicht verboten waren.

Die FDP hat sich schon früh in die Diskussion eingeschaltet und bereits in der Frühjahrsession 2017 mit zwei Vorstössen ([17.3200](#), [17.3255](#)) den Bundesrat aufgefordert, den Umsetzungsspielraum bei der Übernahme der Waffenrichtlinie ins Schweizer Recht maximal auszuloten. Dementsprechend hat sich die FDP-Fraktion auch im Nationalrat für eine möglichst pragmatische Umsetzung, die den Traditionen der Schweiz Rechnung trägt, eingesetzt.

Geht es nach dem Nationalrat, so soll die aus der Armee übernommene Ordonnanzwaffe weiterhin nicht verboten sein. Mit dieser Verbesserung im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates konnte der Nationalrat eine psychologische Schwelle durchbrechen, die den Gegner etwas den Wind aus den Segeln nehmen dürfte. Die FDP hat sich stark für diese Ausnahmebestimmung eingesetzt. Auch wer keine Waffe aus Armeebeständen besitzt darf zukünftig noch mit verbotenen Waffen den Schiesssport ausüben – allerdings muss dafür eine Ausnahmegewilligung beantragt werden. Der Nationalrat und die FDP haben dem neuen Waffenrecht in der Gesamtabstimmung mit 114 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

6. Abfuhr für die Selbstbestimmungsinitiative

Die Selbstbestimmungsinitiative hat im Nationalrat die Gemüter erhitzt. Die Beratung beanspruchte aufgrund der grossen Anzahl Rednerinnen und Redner drei Sitzungen. Am Montag, 11. Juni 2018, gegen 23 Uhr stand die nationalrätliche Abstimmungsempfehlung endlich fest: Ablehnung der Volksinitiative. Die Frage eines Gegenentwurfs musste der Nationalrat nicht mehr behandeln, da NR Pfister (CVP/ZG) seinen Antrag bereits in der ersten Sitzung zurückzog.

Die Volksinitiative will den Vorrang von Schweizer Recht gegenüber Völkerrecht in der Verfassung verankern. Heute gibt es keine klare Hierarchie; das Verhältnis von Landesrecht zu internationalem Recht wird flexibel gehandhabt. Wie bereits der Ständerat in der Frühlingssession 2018 kam nun auch der Nationalrat zum Schluss, dass es keine grundlegenden Probleme in diesem Bereich gibt und dass das heutige System funktioniert.

Aus Sicht der FDP ist die Selbstbestimmungsinitiative in mehrerlei Hinsicht problematisch. Die Initiative kann den Anspruch, das komplexe Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht zu klären, nicht einlösen. Im Gegenteil: Anstatt Klarheit würde die Initiative nur Rechtsunsicherheit schaffen und die Schweiz zum Vertragsbruch ermächtigen. Zudem drohte mit der Annahme der SBI die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Aus diesen Gründen haben der Nationalrat und die FDP die Initiative klar abgelehnt (167:67:0). Die Volksinitiative wird voraussichtlich im November dieses Jahres dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

7. Vereinigte Bundesversammlung (vbv)

Die **neue Berufungskammer des Bundesstrafgerichtshofs** wird ihre Arbeit Anfang 2019 fast in voller Besetzung aufnehmen können. Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch die Mitglieder gewählt: Andrea Blum (LU) sowie Claudia Solcà (TI) zu ordentlichen Richterinnen mit Teilzeitpensum sowie weitere neun Personen zu nebenamtlichen Richtern und Richterinnen; darunter **Rosa Maria Cappa (FDP)** und **Beatrice Kolvodouris Janett (FDP)**.

Mit der neuen Berufungskammer wird der Rechtsschutz in Bundesstrafverfahren ausgebaut. Heute kann ein Entscheid des Bundesstrafgerichts mit Beschwerde in Strafsachen beim Bundesgericht angefochten

werden. Dabei kann das Bundesgericht zwar die Rechtsanwendung überprüfen, ist aber grundsätzlich an den Sachverhalt gebunden, wie ihn die Vorinstanz festgestellt hat.

Mit der Änderung des Strafbehördenorganisationsgesetzes kann künftig in allen Bundesstrafverfahren auch der Sachverhalt von zwei Instanzen beurteilt werden - von der Strafkammer und Berufungskammer. Der Entscheid der Berufungskammer wiederum kann ans Bundesgericht weitergezogen werden.

Bundesverwaltungsgericht. Wahl eines Mitglieds und Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidenten für die Jahre 2019 bis 2020: Als Richterin wurde Caroline Gehring (CVP) für den Rest der Amtsperiode 2013 bis 2018 sowie für die Amtsperiode 2019 bis 2024 gewählt. Marianne Ryter (SP) wurde zur Präsidentin und **Vito Valenti (FDP)** zum **Vizepräsidenten des Gerichts** mit Sitz in St. Gallen gewählt.

Bundesgericht: Als nebenamtliche Richterin wählte die vbv **Aileen Truttmann (FDP)**.

8. Geschäfte beider Räte

Staatsrechnung 2017: Das Parlament hat die Staatsrechnung mit einer Anpassung genehmigt. In beiden Räten haben die in der Rechnung enthaltenen Rückstellungen und Fehlbuchungen für Gesprächsstoff gesorgt. Anlass zu Diskussionen gab insbesondere die Kritik der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) wegen Fehlbuchungen und Bewertungsfehlern bei den Nationalstrassen und den Rüstungsbauten. Das Parlament verankerte diesen Vorsatz gleich im Bundesbeschluss. Konkret wird dieser um einen Artikel ergänzt. Der Bundesrat wird damit beauftragt, die festgestellten Buchungsfehler nachträglich in der Staatsrechnung zu korrigieren. Die berichtigten Zahlen soll er dem Parlament spätestens mit der Botschaft zur Rechnung 2018 vorlegen.

Finanzdienstleistungen: Das Parlament hat den Anlegerschutz und die Aufsicht über die Finanzdienstleister neu geregelt. Der Nationalrat räumte die letzten Differenzen zum Ständerat aus. Beide Räte nahmen die Gesetze zudem in der Schlussabstimmung an. Das Parlament zog den Vorlagen im Verlauf der Beratungen einige Zähne. Die Linke zeigte sich deshalb am Ende enttäuscht. Aus Sicht der FDP dagegen sind die Vorlagen seit der Vernehmlassung stark verbessert worden und daher wird die Endfassung begrüsst. FIDLEG/FINIG ermöglichen nun einen wettbewerbsfähigen Finanzdienstleistungssektor mit erhöhten Kundenschutz und gleichzeitiger Kompatibilität mit europäischen Standards.

Parlamentsrecht: Das Bundesparlament will etwas transparenter werden. Ratsmitglieder müssen in Zukunft im Register der Interessensbindungen auch den Arbeitgeber und die Funktion angeben. Bei Mandaten muss auch offengelegt werden, ob es sich um eine ehrenamtliche oder um eine bezahlte Tätigkeit handelt. Der Ständerat hat die letzten Differenzen zu einer Vorlage ausgeräumt, die auch den Zugang zu Kommissionsunterlagen präzisiert. Zudem sollen bei jedem Erlassentwurf die Folgen für Auslandschweizerinnen und -schweizer geprüft werden.

9. Geschäfte des Nationalrats

Verrechnungssteuer: Die Verrechnungssteuer soll in Zukunft grosszügiger zurückerstattet werden, damit diese nicht zu einer Endbelastung verkommt, sondern ihren Zweck als Sicherungssteuer beibehält. Das Anliegen geht zurück auf einen Vorstoss von NR Daniela Schneeberger. Der Nationalrat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 134 zu 48 gutgeheissen. Das Geschäft wurde von der FDP-Fraktion unterstützt. Der Nationalrat geht mit diesem Beschluss weiter als der Bundesrat. So hat der Nationalrat eine Ausweitung der Frist für die nachträgliche Deklaration hinzugefügt. Weiter hat er eine rückwirkende Geltung für Ansprüche seit 2014 beschlossen. Beide Punkte wurden von der FDP einhellig unterstützt.

Hornkuhinitiative: Wie der Ständerat und Bundesrat ist auch der Nationalrat der Auffassung, dass Hörner von Kühen und Ziegen nicht in die Verfassung gehören. Er empfiehlt deshalb die Initiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere" mit 108 zu 42 Stimmen bei 33 Enthaltungen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Mehrheit, inkl. FDP, argumentiert, dass Beiträge für Tiere mit Hörnern in der Landwirtschaft kompensiert werden müssten. Es würde also ein neuer Subventionstatbestand geschaf-

fen. Die Urheber der Hornkuh-Initiative wollen erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden. In der Verfassung soll verankert werden, dass horntragende Kühe und Ziegen finanziell gefördert werden.

Zersiedlungsinitiative: Der Nationalrat hat als Zweitrat die Zersiedlungsinitiative der Jungen Grünen beraten und deutlich zur Ablehnung empfohlen. Die Volksinitiative verlangt, die Ausdehnung der Bauzonen gesamtschweizerisch auf unbestimmte Zeit zu stoppen. Bei Einzonungen soll künftig eine gleiche Landfläche von vergleichbarer Qualität ausgezont werden. Diese Einschränkungen für die Raumplanung bzw. die kantonalen Handlungsspielräume für die Raumentwicklung sind übertrieben und wurden darum auch von der FDP einstimmig abgelehnt. Es ist aber klar, dass die Schweiz haushälterisch mit dem Boden umgehen muss. Die Initiative will aber den Status quo einfrieren und ist zu unflexibel. Schliesslich wurde die Initiative auch in der Schlussabstimmung im NR mit 143 zu 37 Stimmen bei 18 Enthaltungen und im SR mit 34 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen deutlich abgelehnt und ist nun bereit für die Volksabstimmung im November 2018.

Beschaffungswesen: Die Revision des Beschaffungsgesetzes ist nötig wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Gleichzeitig werden die Regelungen von Bund und Kantonen angeglichen. Die Regelung hat grosse Bedeutung: Das jährliche Einkaufsvolumen wird auf über 40 Milliarden Franken geschätzt. Die FDP setzt sich für ein funktionierendes Beschaffungswesen ein, welches den optimalen Einsatz von staatlichen Mitteln und einen wirksamen und fairen Wettbewerb zwischen den Anbieterinnen zum Ziel hat. Die meisten Minderheitsanträge wurden abgelehnt. Der Nationalrat hat aber unter anderem beschlossen, dass das Preisniveau im Land eines ausländischen Anbieters berücksichtigt werden muss. Die Warnung von Finanzminister Ueli Maurer, dies sei nicht vereinbar mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz, blieb ungehört. Die umstrittene Einschränkung des Zugangs zu Ausschreibungsunterlagen hat der Nationalrat zudem abgelehnt. In der Gesamtabstimmung sprach sich der Nationalrat mit 184 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Vorlage aus. Das geänderte WTO-Übereinkommen wurde mit 176 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Vorlagen gehen nun an den Ständerat.

Datenschutz: Die grosse Kammer hat als Erstrat die Totalrevision des Datenschutzgesetzes und weiterer verwandter Erlasse an die Hand genommen und einen Grundsatzentscheid gefällt: Sie möchte die Vorlage teilen und zuerst die unumstrittenen Anpassungen ans europäische Recht vornehmen. Konkret geht es um die zu den Schengen-Verträgen gehörende EU-Richtlinie 2016/680, die innerhalb einer vorgegebenen Frist umgesetzt werden muss. Die Anpassung bildet die Voraussetzung dafür, dass die Europäische Kommission die Schweiz weiterhin als Drittstaat mit einem "angemessenen Datenschutzniveau" anerkennt. Eine Aufteilung der Vorlage bringe viele Vorteile mit sich, sagte Kommissionssprecher Matthias Jauslin (FDP/AG). Eine linke Minderheit lehnte die Etappierung der Vorlage ab, verzichtete schliesslich aber auf einen Rückweisungsantrag.

Crèches : La Confédération devrait continuer à soutenir financièrement la création de structures d'accueil de jour des enfants après le 31 janvier 2019. Par 103 voix contre 90, le National a décidé de prolonger l'actuel programme d'impulsion de quatre ans. Le PLR s'est opposé en bloc à une nouvelle prolongation du programme d'impulsion. L'abolition de ce dernier fait partie du concept du PLR concernant l'initiative populaire pour un congé paternité.

Qualité des soins: Des efforts doivent être faits pour améliorer la qualité des soins. Le National a adopté un nouveau concept: les médecins devraient se soumettre à des conventions passées avec les assureurs et une commission fédérale devrait être mise sur pied. Contre la volonté de tous les autres partis, le groupe RL s'est lui opposé à ce projet, qu'il juge trop empreigné de dirigisme et de centralisme. Pour cette raison il a demandé, en vain, le renvoi du projet à la commission avec le mandat de renoncer à la création d'une commission fédérale et de se baser sur des structures déjà existantes (Association nationale pour le développement de la qualité dans les hôpitaux et les cliniques ; Fondation Sécurité des patients Suisse) pour améliorer la qualité des soins. L'objet ([15.083](#)) sera traité au Conseil des Etats lors de la session d'automne.

Contenus SSR accessibles aux médias privés: suite à l'adoption d'une motion ([17.3627](#)) par le Conseil national, un modèle de contenu partagé qui permet aux entreprises privées de médias suisses d'utiliser facilement les reportages de la SSR sera instauré. Rendre les contenus de la SSR financés par la

redevance accessible à tous les prestataires médiatiques constituait une des revendications du PLR dans son dernier papier de position sur le paysage médiatique ([lien](#)).

Renforcement des offres électroniques du service public hors SSR: dans la même veine, le Conseil national a également adopté une motion ([17.3008](#)) demandant la suppression de la restriction du nombre de concessions par entreprise médiatique. Il s'agissait ici également d'une revendication du PLR. Le travail de la députation libérale-radical en commission a ainsi bien porté ses fruits.

Terrorismus: Das Parlament hat das Gesetz zu Al-Kaida und dem IS verlängert. Weitere Massnahmen hält es zurzeit für unnötig da verschiedene Gesetzesänderungen bereits geplant sind. Dazu gehören Massnahmen gegen sogenannte Gefährder. Gleichzeitig ist eine Änderung von Nachrichtendienstgesetz und Strafgesetzbuch in Arbeit, die die Rechtsgrundlage für das Verbot von Al-Kaida und "Islamischem Staat" sowie verwandter Organisationen überflüssig machen würde. Diese läuft jedoch schon Ende 2018 aus, also bevor das neue Gesetz in Kraft gesetzt werden kann. Um Rechtslücken zu vermeiden, wird das Verbot der Organisationen um vier Jahre verlängert. Nationalrat und Ständerat hiessen die Vorlage einstimmig gut Die Verlängerung ist im Sinne der FDP. Trotzdem müssen die weiteren Gesetzesänderungen zügig an die Hand genommen werden. Die FDP verlangt schon lange eine spezifische Terrorstrafnorm. Diese ist damit bereit für die Schlussabstimmungen.

Armee: Der Nationalrat möchte etwas zur administrativen Entlastung von Milizoffizieren ausserhalb der Dienstzeit tun. Er unterstützt deshalb die Idee, eine neue Software einzuführen, welche die Koordination der Urlaubsgesuche für die Wiederholungskurse vereinfachen soll. Der Vorschlag stammt von NR Marcel Dobler. "Die Schweizer Armee hat einen Offiziersmangel", stellte Dobler fest. Die Politik müsse sich deshalb die Frage stellen, wie man den Militärdienst für Milizoffiziere attraktiver machen könne. Abhilfe schaffen könne eine bestehende Software, die von einem Milizsoldaten programmiert worden sei. Mit dieser kann laut Dobler 80 Prozent der benötigten administrativen Zeit eingespart werden. Der Nationalrat nahm seine Motion einstimmig an. Nun ist der Ständerat am Zug.

Flüchtlinge: Das Parlament will Hürden abbauen, damit vorläufig aufgenommene Personen arbeiten können. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Prüfen soll der Bundesrat insbesondere eine Änderung des Begriffs "vorläufige Aufnahme" sowie Erleichterungen beim Kantonswechsel zwecks Erwerbstätigkeit. Die FDP hat die Motion unterstützt. Die Mehrheit vertrat die Auffassung, dass der Prozess für Gesetzesänderungen nun gestartet werden solle. Eigentlich hätte der Nationalrat einen neuen Status schaffen wollen für Personen, die in der Schweiz kein Asyl erhalten, aber nicht ins Herkunftsland zurückgeschickt werden können. Im Ständerat (auch bei den FDP-Ständeräten) fand sich dafür aber keine Mehrheit. Die Revision der vorläufigen Aufnahme wird mit nun mit Unterstützung der FDP in Schritten angegangen.

10. Geschäfte des Ständerats

Schuldenbremse: Das Parlament will die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse nicht aufweichen. Mit einer Motion hat es den Bundesrat beauftragt, eine Anpassung der bisherigen Regeln auf Gesetzesweg auszuschliessen. Nach dem Nationalrat sprach sich auch der Ständerat mit 23 zu 21 Stimmen für den Vorstoss aus. Der Bund soll nach dem Willen der Mehrheit weiterhin Schulden abbauen und nicht mehr Geld ausgeben. Angesichts der "sich eintrübenden finanzpolitischen Aussichten" sei jetzt nicht der Zeitpunkt, dieses Instrument aufzuweichen. Die FDP ist erfreut über dieses Signal von Seiten des Parlaments und erwartete nun vom Bundesrat, dass er seine Pläne zur Aufweichung der Schuldenbremse aufgibt.

Organisation de l'infrastructure ferroviaire : Au vote sur l'ensemble, le projet a été approuvé à l'unanimité par le Conseil des Etats. En ce qui concerne les autocars longue-distance, les sénateurs se sont montrés plus protectionnistes que leurs confrères du Conseil national. Ils ont en effet tenu à protéger davantage le trafic régional. Ainsi, une entreprise de bus qui demande une concession devra notamment prouver qu'elle ne crée pas une concurrence préjudiciable à l'offre des autres entreprises de transports. Elle ne doit pas mettre en péril des offres qui font l'objet d'une concession fédérale et ne peut que compléter les offres existantes. Selon le Conseil fédéral et une majorité du groupe parlementaire libéral-

radical, cette disposition ne laisse aucune place aux concurrents et n'est ainsi pas dans l'intérêt des clients. Le Conseil national aura la possibilité de revoir cette disposition. Dans un autre registre, le Conseil des Etats a suivi le Conseil fédéral concernant la possibilité d'exiger le remboursement du billet lorsque le trajet n'a pas pu être effectué à cause d'un retard ou d'une suppression de train. Sur le reste du projet, le Conseil des Etats s'est dans les grandes lignes rallié au gouvernement.

Prestations complémentaires: La réforme des prestations complémentaires (PC) divise le Parlement. Les sénateurs ont maintenu une grande part des divergences avec le National. La question du retrait en capital des avoirs du 2^{ème} pilier a cependant pu être réglée : aucune restriction n'y sera imposée. Le PLR est satisfait de cette décision, il s'agissait là d'un élément combattu pour le parti au Conseil national. Les sénateurs rejettent en revanche la sanction voulue par le National qui visait à réduire les prestations complémentaires de 10% en cas d'utilisation, même partielle, du capital retiré. La fortune ne devrait pas non plus barrer d'office la route aux prestations complémentaires. Le Conseil des Etats ne veut pas du seuil de 100'000 francs introduit par le National. Pour l'aide au logement, le Conseil des Etats ne veut pas revenir sur les montants revalorisés qu'il avait votés en 2017. Les sénateurs acceptent seulement que les cantons puissent demander à la Confédération de modifier de 10% les montants maximaux. En matière de primes maladie, les sénateurs estiment que l'aide doit dépendre de la prime moyenne et ne devrait pas excéder la prime effective. Les familles avec enfants ne devraient pas être moins bien loties qu'actuellement. Avec la copie du Conseil des Etats, la réforme des PC permettrait de réduire de 378 millions de francs par an la hausse des PC d'ici 2030. C'est plus que les 300 millions proposés par le Conseil fédéral, mais nettement moins que les 661 millions voulus par le National.

Adaptation régulière des tarifs: Tout comme la chambre basse, le Conseil des Etats a adopté une motion du groupe PLR ([17.3607](#)) chargeant le Conseil fédéral de soumettre au Parlement les bases légales nécessaires pour que la grille tarifaire Tarmed soit adaptée et développée régulièrement par les partenaires. Est demandée également la levée du droit de veto d'une seule partie dans les négociations tarifaires. L'objectif de cette motion était de pouvoir ajuster régulièrement les tarifs aux coûts réels générés par les prestations, afin d'éviter que des interventions devenues avec les années meilleures marché continuent à être facturées à des prix artificiellement élevés.

Autoriser le devancement par la droite sur les autoroutes: Grâce l'adoption par le Conseil des Etats d'une motion du CN Thierry Burkart ([17.3666](#)), l'insécurité juridique entourant le devancement par la droite sera levée. A l'avenir, une distinction claire sera effectuée entre un devancement et un dépassement (contourner un véhicule pour se réinstaller dans la file) : le premier sera autorisé, alors que le second restera bien entendu interdit. Cette suppression d'une norme régulatrice inutile permettra de fluidifier le trafic sur les tronçons les plus fréquentés.

Permis de conduire: Une autre motion ([17.3924](#)) déposée par le député PLR Philippe Nantermod et acceptée par le Conseil des Etats, s'attaquait elle-aussi à une régulation superflue dans le domaine des transports. Le Valaisan invitait le Conseil fédéral à proposer une modification de la législation routière qui prévoit un permis de conduire unique pour toute utilisation des voitures de tourisme. Le Conseil fédéral et le Conseil national avaient déjà adhéré à cette proposition, en reconnaissant qu'à l'heure du GPS et d'une mobilité transcantonale, distinguer entre le transport professionnel de personnes et l'usage normal de véhicules de tourisme était désuet.

Victimes de l'amiante : par 38 voix contre 7, le Conseil des Etats s'est rallié au National sur le projet de révision du droit de la prescription. Les victimes de lésions corporelles, comme celles dues à l'amiante, disposeront d'un délai de 20 ans au lieu de 10 pour faire valoir leurs droits à un dédommagement. La dernière divergence d'un long projet a ainsi été éliminée. Le PLR s'est attelé à proposer une solution permettant de respecter les obligations internationales et d'éviter que la Suisse se fasse critiquer par la CEDH.

Olympiades des métiers : La Suisse devrait organiser les Olympiades des métiers (WorldSkills) et y participer régulièrement. Le Conseil des Etats s'est tacitement rallié mercredi à cette idée. Il a toutefois revu la formulation de la motion adoptée par le National. Le Conseil fédéral serait chargé non plus de préparer, mais de soutenir une candidature helvétique. Il devrait aussi rendre possible une participation régulière de la Suisse au niveau mondial et européen. Il est important pour le PLR de pouvoir maintenir le

système dual de formation et d'ainsi permettre la formation de jeunes aptes à être directement intégré dans le monde du travail.

Violence conjugale : Les maris violents pourraient se voir imposer un bracelet électronique. Le Conseil des Etats, avec l'appui du PLR, a adopté lundi un projet visant à mieux protéger les victimes de violence domestique et de harcèlement obsessionnel ("stalking"). Le dossier passe au Conseil national. Aujourd'hui, le juge peut déjà ordonner une interdiction de périmètre ou de contact. Le bracelet électronique permettra de mieux faire respecter cette interdiction. Outre son rôle préventif, il aidera à prouver notamment les cas de harcèlement obsessionnel, difficiles à prouver. Les harceleurs ne pourront plus faire pression sur leurs victimes - souvent des femmes - afin qu'elles retirent leurs plaintes. Seule l'autorité de poursuite pénale pourra arrêter une procédure pénale, et uniquement si cela permet d'améliorer la situation de la victime.

Heimreiseverbot für Flüchtlinge: Reist ein Flüchtling in seinen Heimat- oder Herkunftsstaat, soll ihm die Flüchtlingseigenschaft einfacher aberkannt werden können. Der Ständerat hat sich am Montag mit Unterstützung der FDP für eine Umkehr der Beweislast ausgesprochen, wie sie der Bundesrat vorschlägt. Künftig sollen nicht mehr die Behörden beweisen müssen, dass der Flüchtling eine unzulässige Reise unternommen hat. Vielmehr soll der Flüchtling glaubhaft machen müssen, dass die Reise aufgrund eines Zwangs erfolgte. Die kleine Kammer hiess diese Änderung des Ausländergesetzes mit 30 zu 2 Stimmen bei 11 Enthaltungen gut. Sie will aber noch einen Schritt weitergehen als der Bundesrat: Nach ihrem Willen soll das SEM anerkannten Flüchtlingen verbieten können, in die Nachbarstaaten ihrer Heimatländer und in bestimmte Transitländer zu reisen. Nun ist der Nationalrat am Zug.

Armeebotschaft: Der Ständerat will für Rüstungsgüter, Armeematerial und VBS-Immobilien knapp 2 Milliarden Franken ausgeben. Er hat der Rüstungsbotschaft 2018 zugestimmt. Einwände hatte er nur gegen den Kauf von Schutzwesten. Der Bundesrat beantragt, für 100'000 Armeeangehörige eine leichte Schutzweste sowie einen schwereren Körperschutz für Wacheinsätze zu kaufen. Nach Ansicht des Ständerats braucht es nicht für die ganze Truppe beide Versionen. Er hat daher den Kredit von rund 200 Millionen Franken auf knapp 100 Millionen Franken halbiert. Den Immobilienkredit kürzte er ebenfalls geringfügig. Gegen die geplante Beschaffung von Armeematerial für 742 Millionen Franken hatte die kleine Kammer keine Einwände. Die FDP spricht sich klar für die Armeebotschaft aus.

Luftlagedaten: Die Schweiz kann mit der Nato Luftlagedaten für den Luftpolizeidienst austauschen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat mit Unterstützung der FDP dem Beitritt der Schweiz zum Nato-Programm "Air Situation Data Exchange" (ASDE) zugestimmt. Dieses ersetzt die heutigen bilateralen Abkommen mit den Nachbarstaaten. Vertrauliche militärische Daten werden im Rahmen des Programms nicht ausgetauscht. Aus diesem Grund halten Bundesrat und Parlament den Datenaustausch für neutralitätsrechtlich unproblematisch.

Jagdgesetz: Nach einer langen Debatte hat sich der Ständerat beim Jagdgesetz mit Unterstützung der FDP dem Bundesrat angeschlossen und die Vorlage mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Damit soll der Wolfsbestand einfacher reguliert werden können - aber nur dann, wenn die Raubtiere grossen Schaden anrichten. Zudem sollen die Jagdberechtigungen wie bisher vollständig den Kantonen überlassen werden. Die meisten Beschlüsse fielen also im Sinne der Jägerfreunde sowie den Bergkantonen aus. Die Lockerung des Schutzes wurde bereits von den Tierschützern kritisiert und entsprechend mit dem Referendum gedroht. Die Vorlage geht nun aber zuerst an den Nationalrat, der sich in den nächsten Monaten damit befassen wird.

11. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 14 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach:

- › mit 129 zu 68 Stimmen (Nationalrat) und 38 zu 6 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Selbstbestimmungsinitiative "Schweizer Recht statt fremde Richter", mit dem das Parlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 143 zu 37 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 34 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Zersiedelungsinitiative "Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung", mit dem das Parlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 117 zu 49 Stimmen bei 32 Enthaltungen und 33 zu 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Hornkuhinitiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere", mit dem das Parlament die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 138 zu 57 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg), mit dem der Anlegerschutz verbessert wird;
- › mit 139 zu 56 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Finanzinstitutsgesetz (Finig), mit dem die Aufsicht über die Finanzdienstleister neu geregelt wird;
- › mit 198 zu 0 Stimmen und 36 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen das Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG), das neue Regeln für Gentests beinhaltet;
- › mit 130 zu 68 Stimmen und 38 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung die Revision des Verjährungsrechts, wonach Ansprüche aus Personenschäden neu während zwanzig statt zehn Jahren geltend gemacht werden können;
- › mit 124 zu 68 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 36 zu 8 Stimmen Änderungen des Parlamentsgesetzes, wonach Ratsmitglieder in Zukunft im Register der Interessenbindungen auch den Arbeitgeber und die Funktion angeben sowie transparent über bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten Auskunft geben müssen;
- › mit 126 zu 70 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 36 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung Änderungen der Parlamentsverwaltungsverordnung, wonach beispielsweise der Zugriff auf Kommissionsprotokolle neu definiert wird;
- › mit 196 Stimmen zu einer Stimme bei einer Enthaltung (nur Nationalrat) Änderungen des Geschäftsreglements des Nationalrats, welches beispielsweise das exakte Prozedere der Stimmabgabe regelt;
- › mit 195 Stimmen zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Übereinkommen betreffend persistente organische Schadstoffe, mit dem sich die Schweiz verpflichtet, den Ausstoss von hochgiftigen und schwer abbaubaren Substanzen weiter zu verringern;
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen Al-Kaida und Islamischer Staat sowie verwandter Organisationen, das eine Beteiligung an den verbotenen Organisationen, personelle oder materielle Unterstützung sowie Propaganda oder Rekrutierung von Personen um weitere vier Jahre verbietet;
- › mit 130 zu 68 Stimmen und 41 zu 3 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Pakistan, das Bestimmungen aus dem Projekt von OECD und G20 zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung (Beps) enthält;
- › mit 133 zu 62 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 42 zu 2 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Kosovo, das unter anderem Verbesserungen im Bereich der Besteuerung von Dienstleistungsvergütungen enthält.